

# Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

## In dieser Ausgabe:

Kreislaufwirtschaftsgesetz

Sparbeschlüsse sind sozialer Crashkurs

Reform der öffentlichen Pflegeversicherung

Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Kindern

Dauerkrise der Demokratie

# Waldstrategie 2020

# ine neue soziale Idee.

## Inhalt

<b>Bundesregierung immer noch auf dem H</b>	
<b>Die Waldstrategie 2020.....</b>	
von Kirsten Tackmann	
<b>Abfall und Wertstoffe – wer sammelt ein</b>	
<b>und was hat das eigentlich mit Emmy (o</b>	
<b>zu tun?.....</b>	
von Sabine Stüber	
<b>Finanzkrise in neuer Qualität.....</b>	
von Dr. Dagmar Enkelmann	
<b>Gesundheit und Pflege besser, gerechte</b>	
<b>und günstiger gestalten.....</b>	
von Wolfgang Nešković	
<b>„Kinder haben was zu sagen“ .....</b>	
von Diana Golze	
<b>Permanente Regierungskrise</b>	
<b>wird Dauerkrise der Demokratie.....</b>	
von Thomas Nord	
<b>Pressemitteilungen.....</b>	
<b>Anträge, Anfragen &amp; Initiativen .....</b>	
<b>Reden .....</b>	
<b>Kontakt .....</b>	



# aut dem Holzweg

## Die Waldstrat

### Es war einmal...

nein, das ist nicht die Geschichte vom Rotkäppchen oder von Hänsel & Gretel. Sondern von Bundeswaldministerin Aigner. Aber vom Wald erzählt sie auch.

von **Kirsten Tackmann**

So wie die Märchenfiguren im Wald verloren gingen (in Großmutterns hatte auch Ministerin Aigner ihre Schwierigkeiten mit dem Forst. Sie Zukunft des Waldes entwickeln. Unter dem kühnen Projektitel „Walds Haus daran und lud viele Sachverständige aus Umwelt, Forst, Naturschutz Pünktlich zur Grünen Woche und zum UN-Jahr des Waldes sollte Anfordern vorgestellt werden. Doch daraus wurde nichts. Die durchgesickerten Er verrissen. Sie wären zu holzwirtschaftslastig. Nach etlichen Überarbeitungen folgten Ankündigungen war es nun diese Woche doch so weit. Am Mittwoch kabinett die Waldstrategie 2020. Doch damit hat das Märchen noch kein

Das Ziel der Waldstrategie war, alle gesellschaftlichen Interessen an bringen. Gleichzeitig wollte die Bundesregierung die mit diesem Ziel Interessen ausgleichen. Die jetzt vorliegende Regierungs-Vision des Zugesche Diskussionen der vergangenen Monate aufgegriffen und benennt die felder und Lösungsansätze. Einige Fragen der Biodiversität, zur Rolle oder Wildschweine) im Wald und der Jagd oder den Klimawandel sind r bleibt dringender Verbesserungsbedarf. Wichtige visionäre Lösungsansätze die Bundesregierung selbst Verantwortung übernehmen müsste, bleibt es wird auf andere verwiesen. So lehnt schwarz-gelb die notwendige Überarbeitung des Bundesjagdgesetzes ab.

Ministerin Aigner hat ein nett zu lesendes, aber harmloses Papier haben wir unsere Anforderungen an die Strategie bereits Anfang Juni wenige Aspekte in der nun verabschiedeten Waldstrategie zu finden. In uns klar zur Biodiversitätsstrategie, zu der sich die Bundesregierung fünf Prozent aus der Nutzung genommene Waldfläche vor. Sie sollen sich menschllichem Einfluss entwickeln. Bäume dürfen zum Beispiel nicht geteigt wird nur vage an diesem Ziel festgehalten. Während der Regierung am Mittwoch rückte der parlamentarische Staatssekretär sogar ausdrück

Für die Linksfraktion ist klar: Die Debatte über den Zukunftswald ist rategie nicht beendet. Wir werden im Bundestag weiter für eine nat



Weniger Abfall zu produzieren, steht an oberster Stelle, gefolgt von Recycling und letztlich der stofflichen oder energetischen Verwertung.

Noch ist das neue Gesetz nicht beschlossen und je nachdem aus welcher Richtung, werden die Schwächen deutlich. In dieser Woche fand im Bund ein Experten dazu statt. Ein wesentlicher Knackpunkt ist die Frage, wer die Abfälle einsammeln darf.

Bisher war der Fall klar, es gab eine Abfallentsorgungssatzung, deren Verantwortung lag. Die Haushalte zahlen eine in der Satzung festgelegte Gebühr, die zeitig wird geregelt, welche Abfälle und Abfallwertstoffe dafür von uns zu entsorgt werden. Das gehört zur Daseinsvorsorge, so dachten wir zum Beispiel.

Jetzt wird aus unserem wiederverwertbaren Abfall ein Wirtschaftsgut und es ist ein Geschäftsfeld. Und, es finden sich im Gesetzentwurf der Bundesländer die neben der kommunalen Einsammlung unserer Abfallwertstoffe die Einsammeln zulassen. Der Gesetzentwurf will suggerieren, dass nur die mit Kostensenkung für alle Beteiligten möglich ist. Vor allem Kommunen dagegen Sturm, denn sie befürchten, dass sich private Entsorger die Abfälle herauspicken könnten, während die teure Restmüllentsorgung bleibt.

Die Folge davon wäre, wie wir es so oft in diesen Tagen erleben, dass die Lasten und die Bevölkerung die Lasten trägt. Gebührenerhöhungen, Ressourcenschutz und im Arbeitsschutz sind zu befürchten.

Es ist ja nicht so, dass private Entsorgungsfirmen völlig außen vor sind und Gemeindebund werden über 60% der Leistungen ausgeschrieben und vergeben, die somit Auftragnehmer der Kommunen sind.

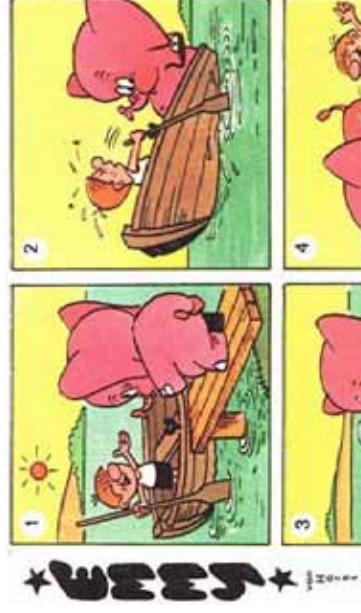
Sicher, dass ideale System zur Erfassung von Abfällen bzw. Wertstoffliche Abholssysteme, die bei hoher Einwohnerdichte wirtschaftlich sind unter anderen Voraussetzungen eine schlechte, weil viel zu teure Lösung der Gesamtsituation heraus, wie sie eine Kommune hat, die keine beste Lösung gefunden werden.

Übrigens, diese Form des Recycling, die da gerade erfunden wird, ist nicht



von Sabine Stüber

Unser Müll darf schon seit längerem nicht mehr einfach auf die Deponie. Alles, was verwertbar ist, soll verwertet werden. Das neue Gesetz wird demnach auch ein Kreislaufwirtschaftsgesetz – ein vielversprechender Titel, und der sollte auch Programm sein.



# Qualität

Mit den neuen, unfassbaren Sparbeschlüssen in Griechenland erreicht die Finanzkrise eine neue Qualität. Für jedermann ist klar, dass mit diesem sozialen Crashkurs die griechische Wirtschaft weitere Einbrüche erleidet. Die ohnehin schon schwierige - Rückzahlung der Kredite wird vollends unmöglich. Es ist nur noch ein Frage der Zeit, wann man um einen deutlichen Schuldenerlass für das Land nicht mehr herumkommt.

Ob dann die garantierten maximal 253 Milliarden Euro ausreichen, mit denen sich die Bundesrepublik nunmehr am Europäischen Garantierahmen beteiligen soll, ist zu bezweifeln. Unverändert geht es dabei in erster Linie um die Rettung der Banken und Versicherungen - auf Kosten der Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentner, der Studierenden und der Familien.

Für DIE LINKE bleibt die Finanz- im Kern eine Systemkrise. Alle Versuche, ihr vor allem übers Kürzen und Streichen sozialer Leistungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Herr zu werden, sind zum Scheitern verurteilt. Ohne ein langfristig angelegtes Konjunkturprogramm werden Griechenland und die anderen überschuldeten Staaten nicht auf die Beine kommen.

DIE LINKE verlangt zudem nach wie vor eine strikte Regulierung der Finanzmärkte, die es bis heute nicht gibt. Eine Finanztransaktionssteuer ist überfällig. Europaweit sind gerechte Steuersysteme und ergiebige Vermögenssteuern notwendig - in Abwandlung könnte man sagen: Von Obama und seinen Plänen zu einer Reichensteuer lernen, heißt siegen lernen.

Nach der Banken Euro-Paket nunmehr zum dritten Finanzzusagen. Es verlamant genügend Bürgerinnen von Sachverständigen von Sachverständigen auch der Forderung

Einen Fortschritt Verfahren bisher auch die erweiterten destages dar. Hier realisation aber bei weiter möglich, über die Verhandlung hinauszugetragungsgericht im jüngst festgelegt hat. So r Beteiligungsberechtigten schuss zum „König“ hinnehmbar. Das Bundes Parlements selbst letztlich die Entscheidung der Bundesregierung mit wird das Parlament

DIE LINKE fordert Kontrollrechte für zweitens eine Frist, scheidungen des Haushalts kann sowie dritte „schnelle Eingreifmaßnahme“ schnelle Eingreifmaßnahme dieses Gremium sein, dem auch Haus



*besser, gerechter  
und günstiger gestalten*



*von Wolfgang Nešković*

Die Gesundheitsministerin Bär die Vorstellung seiner Reformpläne beinahe Die FDP drängt auf eine private Zusatzabsicherung zur gesetzlichen Das ist angesichts der Berg- und Talfahrt der Aktienmärkte seit 2 tungslos. Eine hohe Qualität der Pflege muss für alle garantiert se gig von der Entwicklung der Finanzmärkte.

**A**nstatt die Pflege zu privatisieren, fordert DIE LINKE eine Ver Aziales und leistungsfähiges Gesundheits- und Pflegesystem terschied zu heute müssten alle in dieses System einzahlen. Zus zierung des Gesundheitssystems nicht nur sozialversicherungs herangezogen werden. Auch sonstige Einkommen wie Kapitalein usw. würden zur solidarischen Finanzierung des Gesundheitsw Das ist nur gerecht. Wer heutzutage hohe Miet- und Kapitaleink hiervon gar nichts an die Sozialkassen abgeben. Das Einkommen verdienters ohne Sondereinkünfte hingegen wird voll belastet. Die besonders dann an Bedeutung, wenn man beachtet, dass die Eink gen in den zurückliegenden Jahren stark angestiegen sind, während Einkommen in Deutschland seit 1990 stagnieren.

**D**ie Einbeziehung sämtlicher Einkommen würde den Beitrag z ken- und Pflegeversicherung spürbar reduzieren. Der Beitrag versicherung könnte dauerhaft auf ca. 10% des Einkommens sink nehmer und Arbeitgeber um ca. ein Drittel im Vergleich zu heute Kosten für die Pflegeversicherung würden auf unter 2% sinken. W sorgen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich die Kosten für C wieder paritätisch teilen. Die andauernde Mehrbelastung der sozi tigen Arbeitnehmer muss ein Ende haben.

**U**nser Versicherungsmodell würde nicht nur die Beiträge senk hinaus auch Arbeitsplätze schaffen. Gerade Menschen mit könnten die durch die Beitragssenkung frei werdenden Euro fü gaben ausgeben. Das stärkt den schwachen Binnenmarkt. Zude krisenfeste Ausgestaltung des Gesundheitswesens dringend benö kenpfleger, Pflegepersonal usw. schaffen.

**M**it unserem Reformplan wollen wir das Gesundheits- und P besser, bezahlbarer und gerechter machen. Wir erteilen dan senmedizin eine Absage. Private Krankenversicherungen würde nur der individuell erwünschten Zusatzabsicherung dienen. Dami



von **Diana Golze**

de der Weltkindertag  
r ein konkretes Motto  
und Beteiligungsrech-  
dlichen sind ein wich-  
etzung der UN-Kinder-  
stein, der Deutschland  
end umgesetzten Kin-

habe von Kindern und  
s für ihre soziale Ab-  
desregierung hat sich  
erechten und verfas-  
z und eine Teilhabe an  
ichem Leben für alle

Il Regelsätze für Kin-  
sgerecht und am Le-  
ntiert zu ermitteln und  
rfsorientierte Kinder-  
an, die diesen Kindern  
ftlichen Bereichen er-  
hert, dass jedes Kind  
igung und Mitbestim-

tärkung der Teilhabe-  
nd Jugendlichen muss  
erden, wo sich Kinder  
egel aufhalten. Darum  
rkung der Kinder- und  
wirkt vor Ort, dort,

Versprechens auf mehr Partizipation ist eine  
rechtsförmige Verankerung von konkreten Mit-  
bestimmungsrechten wichtig. Denn echte Parti-  
zipation und Beteiligung zeigt sich dadurch, dass  
die Interessen und Forderungen von Kindern und  
Jugendlichen auch von diesen selber formuliert  
werden. Kinder und Jugendliche müssen dazu  
ihre Anliegen und Ansprüche selbst vertreten  
können.

**S**o gehört für DIE LINKE Stärkung von Beteili-  
gungsrechten von Kindern und Jugendlichen  
immer die Frage nach Änderungen im Wahlrecht.  
Eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre  
wird von der LINKEN seit vielen Jahren gefordert,  
da sie für eine persönliche Ausübung des Wahl-  
rechts steht. Darüber hinaus fordert DIE LINKE  
eine Verankerung von verbindlichen Standards  
von Kinder- und Jugendparlamenten auf kommuna-  
ler Ebene, damit diese nicht nur als demokrati-  
sche Feigenblätter dienen, sondern wirkliche  
Mitsprache und Entscheidungskraft bedeuten.

**I**n unserer Gesellschaft werden Kinder häufig als  
„kleine“ Erwachsene behandelt. Und obwohl  
dies auch das Bundesverfassungsgericht mehr-  
fach bestätigt hat, sind Kinder und Jugendliche  
auch im Jahr 2011 immer noch nicht Träger von  
eigenen Grundrechten sondern im Grundgesetz  
nur als Fürsorgeobjekte von ihren Erziehungsbe-  
rechtigten zu finden.

**D**arum wird DIE LINKE alles tun, um die Auf-



# Währungs- und Finanzkrise der Demokratie

von *Thomas Nord*



Europäischen Union vorgedungen und bringt das Fundament der bürgerlich-neoliberalen Wunschkoalition in ernsthaftes Bedrängnis. Kaum jemand in der CDU ist von einer Kanzlerinnenmehrheit bei der Abstimmung über die erweiterte EFSF überzeugt. Die FDP, im Ergebnis der Berlin-Wahl unter „Sonstige“ einzustufen, bereitet darüber hinausgehend einen Mitgliederentscheid gegen die Abstimmung über den dauerhaften Rettungsschirm ESM vor, der würde die FDP bis zum Jahresende voll beschäftigen. Da ist es ein guter Zufall, wenn die Beratungen und die Entscheidung darüber im Bundestag auf Grund fehlender Übersetzungen der Arbeitsdokumente in die deutsche Sprache ins Frühjahr 2012 verschoben werden können. Die Abstimmungen über den permanenten Rettungsschirm werden zur permanenten Regierungskrise der schwarz-gelben Wunschkoalition.

In der Rückho- gesetzlich die Kreden Anleihen Siemen aus den Zentrall Siemen gegrünc EZB abren. In nige Un nanzvol ist BMW diten be Schäfch Bezahlt dem gr Zweiten erkrise die der

Derweil bereitet die griechische Regierung Berichten zufolge eine Volksabstimmung über den Verbleib in der Eurozone vor. Damit konnten die Experten von EZB, IWF und EU-Kommission offenbar überzeugt werden, die Überprüfung der griechischen Sparanstrengungen wieder wohlwollend aufzunehmen. Ihr Bericht ist entscheidend über die Auszahlung des nächsten Kreditanteils, mit der ein weiteres Mal Zeit erkaufte wird. Die Politik wird diese



„Ich bin Justiziar der Fraktion Die LINKE des neuen Gesetzes in die Hände ichtet, und Bundesrichter a.D., anlässlich einer überparteilichen Experten-lesver- der heutigen Sonderkonferenz der kommission zu legen.“

ht hat Justizminister zur Neuordnung der Vorge- Sicherungsverwahrung. Neškovic rungs- weiter:

Justiz- „Trotz der detaillierten Reformvor- gaben sind viele der Justizminister einiger weiterhin störrisch, die Sicherungs- umzu- verwahrung verfassungskonform echts- auszugestalten. Deshalb ist es drin- škovic, gend geboten, die Ausarbeitung

## agspanne EŠKOVIĆ

usser- für das Amt des Generalbundes- Durch- waltetes. Neškovic weiter:

hlaget „Kerngeschäft der Bundesanwalt- lt ver- schaft ist das Revisionsrecht. Auf t mehr diesem Gebiet kann Herr Schmalz andes- praktisch auf keine gewachsenen :schei- Erfahrungen verweisen. Er ist ledig- lich auf der untersten Ebene staats- anwaltschaftlich tätig gewesen. Dusses Dies auch nur über einen kürzeren gnung Zeitraum.

as Amt Die SPD-geführten Bundesländer lagen Im Übrigen spiegelt sich in seinem sind nunmehr gefordert, bei der inz of- beruflichen Lebensweg das Bild ein- endgültigen Entscheidung im Ple- tven- nes technokratisch geprägten Kar- num des Bundesrates am 23. Sep- angen, rierejuristen wider. Seine bisher- tember auf das Votum ihrer Justiz- echts- gen beruflichen Stationen zeichnen ministerien zu hören und sich eine tigkeit sich dadurch aus, dass ihm vielfach Zustimmung nicht ‚abkaufen‘ zu ilfizie- Aufgaben von vorwiegend admi- lassen. Etwaige Gegenleistungen c, Jus- nistrativem Charakter außerhalb für die Wahl Schmalzls – wie etwa F und staatsanwaltschaftlicher Tätigkeit eine Lokalkammer des FUL-Patent-



„Waldstrategie 2020“ durch das Mit- dies seh Bundeskabinett.

Tackmann weiter:

„Der monatelange Poker um die Auc- Waldstrategie 2020 ist heute vor- läufig beendet worden. Immerhin. mac- Über das Ergebnis wird weiter ge- Bog- stritten werden.“

Die Bundesregierung musste die Das massive Kritik aus Umwelt-, Forst- nicht und Naturschutzverbänden teilwei- sie se aufgreifen. Das erkennen wir an. lung lung Trotzdem drückt sie sich weiterhin vor zukunftsweisenden Entschei- dungen. Sie bekennt sich zur nati- onalen Biodiversitätsstrategie, will Fun- aber das Fünf-Prozent-Ziel unge- die gen umset- nutzt Waldflächen nicht umset- gen kommentiert Dr. Kirsten Tackmann zen. Das hat Staatssekretär Müller zuk- die heutige Verabschiedung der in der Regierungsbefragung heute tung

„Heute hat die Bundesregierung ihre Waldstrategie vorgelegt. Zwar ist diese kein reines Wirtschafts- papier mehr wie noch der Vorent- wurf, den die Regierung nach dem allgemeinen Verriss zurückziehen musste. Doch mutige Lösungsvor- schläge sucht man vergeblich,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die heutige Verabschiedung der in der Regierungsbefragung heute tung



Die Linksfraktion hatte der Novelle die forstwirtschaftlichen Zusammenfassung auch mit diesem Ziel zugestimmt. menschlüsse auswirkt, konnte die le des Im Gegensatz zu SPD und Grüne, Bundesregierung noch nicht sagen. ; war. die eine Gefährdung der bayerischen Schutzwälder befürchteten. Wir werden sie in einem Jahr erneut befragen.“

Das hat sich nicht bewahrheitet.

Wie sich das neue Bundeswaldge-

0 Pro- setz auf andere Agroforstsysteme, Die Antwort der Bundesregierung finden Sie: [HIER](#)

## DIE LINKE fragt nach

MANN

igeset- die Einbringung der Kleinen Anfrage nehmen wir die damals geäußert wir un- „Ein Jahr nach der Novellierung des te Kritik ernst und zum Anlass, ein Bundeswaldgesetzes“. (Bundes- Jahr nach der Novelle eine erste tagsdrucksache 17/6892) Zwischenbilanz der Bundesregie- zativen Bundeswaldgesetz - DIE LINKE rung zu erfragen. en Ge- fragt nach

chutz- Die Kleine Novelle des Bundeswald- gesetzes erleichterte die Anlage von ng von Tackmann weiter: „Auch wenn wir eine Große No- Agroforstsystemen. Die Regelun- triebs- velle unter Einbezug sozialer und gen zur Verkehrssicherungspflicht ökologischer Mindeststandards wurden der aktuellen Rechtspre- n nun der Waldbewirtschaftung gefordert chung angepasst und Neuregelun- velle- hatten, war die Kleine Novelle aus gen zur Unterstützung der Nutzung t hat,“ Sicht der LINKEN ein Schritt in die des Kleinprivatwaldes getroffen.“ kmann richtige Richtung. Gerade deshalb



ziale Sicherung der Fraktion DIE deut, LINKE, zum heutigen Kabinettsbe- Verfa- schluss, die Regelsätze beim Ar- kein- beitslosengeld II (ALG II) anzuhe- hat ben. Golze weiter:

geric- heute

„Erst jüngst hat ein Gutachten im gige Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung Kind den Vorwurf der verfassungswid- Beda- rigen Berechnung bestätigt, den DIE LINKE schon lange erhebt. Vor DIE diesem Hintergrund ist es schlicht rung eine Unverschämtheit, dass Bun- häng- desarbeitsministerin Ursula von mittl- satzes um zehn Euro ist zu begrü- der Leyen die längst überfällige Exist- Ben, die Betroffenen haben sie bit- Erhöhung als Erfolg zu verkaufen von ter nötig.

Dieses Almosen ändert aber nichts konform und vor allem existenzsi- LINK- gege- ermi- ermi- Dass sich obendrein bei den Regel- auf

darin, dass die Bundesregierung zu chern- d zu gestalten. Jahresbeginn in verfassungswidri- ger Weise das menschenwürdige Existenzminimum kleingerechnet sätzen für Kinder unter fünf Jahren de d hat“, erklärt Diana Golze, Leiterin kaum etwas und bei denen der an- lang- des Arbeitskreises Arbeit und so- deren Altersgruppen gar nichts än- tanz-



Die Erhöhung des Hartz IV-Regel- sätzen um zehn Euro ist zu begrü- der Leyen die längst überfällige Exist- Ben, die Betroffenen haben sie bit- Erhöhung als Erfolg zu verkaufen von ter nötig.

Dieses Almosen ändert aber nichts konform und vor allem existenzsi- LINK- gege- ermi- ermi- Dass sich obendrein bei den Regel- auf

darin, dass die Bundesregierung zu chern- d zu gestalten. Jahresbeginn in verfassungswidri- ger Weise das menschenwürdige Existenzminimum kleingerechnet sätzen für Kinder unter fünf Jahren de d hat“, erklärt Diana Golze, Leiterin kaum etwas und bei denen der an- lang- des Arbeitskreises Arbeit und so- deren Altersgruppen gar nichts än- tanz-



er ver- keine Rede sein – es sei denn, man hält den Papst für ein über dem Grundgesetz stehendes Wesen“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu den aktuellen Äußerungen von Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU). Enkelmann weiter:

ischen „Selbst wenn der Papstbesuch eine rhaupt reguläre Bundestagsitzung wäre, ist und was nicht.“

### **nsens bei Wahlrecht zurück**

NKELMANN

alition ein gültiges Wahlrecht auf Bundes- und ebene zu haben.

stand  
r, und Das vom Bundesverfassungsgericht angemahnte Problem des negativen Stimmgewichts wird auch jetzt nicht vollständig beseitigt. Keiner Wunder, dass die Koalitions- LINKE, vertreter bereits heute im Ausschuss weitere Reformschritte an- schuss kündigten. Es bringt dabei nichts, im Ge- wenn mancher Koalitionspolitiker nunmehr Krokodilstränen ob des verspäteten Verfahrens kullern lässt und anmerkt, dies sei kein Wahl- Ruhmesblatt für die Koalition.

ien zu  
h und Ich fordere hiermit die Fraktionen nigkeit von CDU/CSU und FDP eindring- Enkel- lich auf, zum Konsensprinzip bei Änderungen des Wahlrechts zu- rückzukehren. Das ist ein Grund- pfeiler der politischen Kultur in

gilt weiterhin das gute Recht der Abgeordneten, durch Fernbleiben von ihrem grundgesetzlich geschützten Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen. Dieses Recht hochzuhalten und zu verteidigen, ist sogar die verfassungsmäßige Pflicht des Innenministers. Dieser sollte er nachkommen und sich nicht den Kopf darüber zerbrechen, was die Pflicht der Abgeordneten ist und was nicht.“



### **Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR- bundesdeutsches Recht**

Die Überleitung der DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht tigkeiten und Diskriminierungen verbunden. Wir verlangen erneut, Über nicht überführte Ansprüche anzuerkennen und auf willkürliche Eingriffe zichten. Weiterhin fordern wir die Angleichung des Rentenwertes Ost a Höherwertung. Dazu soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe installiert werden.

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7029](#)

### **Existenzsicherung von Stiefkindern im Leistungsbezug des SGB I**

Hartz IV legt Menschen faktisch eine Unterhaltspflicht auf, die lage entbehren. Dramatische Auswirkungen hat diese Rechtslage bei Einkommen und Vermögen von neuen PartnerInnen werden bei dem K auf Hartz IV wird verweigert – auch wenn keine Unterstützung stattfind Kindes ist so nicht zu garantieren.

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7028](#)

### **Erhalt der Gedenkstätten nationalsozialistischer Vernichtungslag**

Die vorübergehende Schließung des Museums der Gedenkstätte Sobib me hat einige mediale Beachtung gefunden. Aus Sicht der LINKEN geh Gedenkstätten für die von Deutschland errichteten NS-Vernichtungsl deutscher Gedenkpolitik. Die Bundesregierung wird aufgefordert sich an Polen zu wenden.

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7027](#)

### **Abschaffung der gesetzlichen Vermutung der „Versorgungsehe“ k tragener Lebenspartnerschaft mit Beamtinnen und Beamten nach**

Die jetzige Hinterbliebenenversorgung im Beamtenrecht benachteiligt eine Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft mit einer Beamtin o bzw. dessen Eintritt in den Ruhestand eingehen. Diesen Bürgerinnen tersgründen der Anspruch auf „Witwengeld“ verwehrt, weil ihnen disk

## **Waldschutz stärken**

Waldschäden sind besorgniserregend und die Auswirkungen geschädigter Böden sind grenzenlos. Versiegelte oder verdichtete Böden können ihre Funktion als Filter und somit als natürlicher Hochwasserschutz nicht mehr erfüllen und durch falsche Bewirtschaftung zu einer starken Quelle von Treibhausgasen werden. DIE LINKE fordert die Weisheit der europäischen Rahmengesetzgebung für den Bodenschutz, gegen die sich Deutschland abgrenzt.

[DRUCKSACHE NR. 17/6942](#)

## **Wahlkampf in Brandenburg (BER): Flugrouten, Lärmauswirkungen**

Die Wahlkampfveranstaltungen in Brandenburg sind ein Problem für die Bevölkerung. Die Wahlkampfveranstaltungen sind ein Problem für die Bevölkerung. Die Wahlkampfveranstaltungen sind ein Problem für die Bevölkerung. Die Wahlkampfveranstaltungen sind ein Problem für die Bevölkerung.

[DRUCKSACHE NR. 17/6996](#)

## **Waldschutz in den Buchenwäldern Deutschlands**

Die Buchenwälder Deutschlands sind ein Problem für die Bevölkerung. Die Buchenwälder Deutschlands sind ein Problem für die Bevölkerung. Die Buchenwälder Deutschlands sind ein Problem für die Bevölkerung. Die Buchenwälder Deutschlands sind ein Problem für die Bevölkerung.

[DRUCKSACHE NR. 17/6992](#)

## **Wahlkampf im Bundesjagdrecht**

Die Bundesjagdrecht ist ein Problem für die Bevölkerung. Die Bundesjagdrecht ist ein Problem für die Bevölkerung. Die Bundesjagdrecht ist ein Problem für die Bevölkerung. Die Bundesjagdrecht ist ein Problem für die Bevölkerung.

## **Situation der subsaharischen Flüchtlinge in Libyen und Tunesien**

Die Situation der subsaharischen Flüchtlinge in Libyen und Tunesien ist ein Problem für die Bevölkerung. Die Situation der subsaharischen Flüchtlinge in Libyen und Tunesien ist ein Problem für die Bevölkerung. Die Situation der subsaharischen Flüchtlinge in Libyen und Tunesien ist ein Problem für die Bevölkerung.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6990](#)

## **Erfolgreicher Feldtest mit Körperscannern in Hamburg**

Die Bundesregierung hat zehn Monate lang am Hamburger Flughafen einen Feldtest mit Körperscannern durchgeführt. Die Bundesregierung hat zehn Monate lang am Hamburger Flughafen einen Feldtest mit Körperscannern durchgeführt. Die Bundesregierung hat zehn Monate lang am Hamburger Flughafen einen Feldtest mit Körperscannern durchgeführt.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6978](#)

## **Urteile des Bundesfinanzhofes zur steuerlichen Berücksichtigung der erstmaligen Berufsausbildung**

Die Bundesregierung hat zehn Monate lang am Hamburger Flughafen einen Feldtest mit Körperscannern durchgeführt. Die Bundesregierung hat zehn Monate lang am Hamburger Flughafen einen Feldtest mit Körperscannern durchgeführt. Die Bundesregierung hat zehn Monate lang am Hamburger Flughafen einen Feldtest mit Körperscannern durchgeführt.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6977](#)

## **Renaturierung der Saale**

Die Saale ist nach dem 2. Bericht des Bundesverkehrsministeriums von 2011 ein Problem für die Bevölkerung. Die Saale ist nach dem 2. Bericht des Bundesverkehrsministeriums von 2011 ein Problem für die Bevölkerung. Die Saale ist nach dem 2. Bericht des Bundesverkehrsministeriums von 2011 ein Problem für die Bevölkerung.

## **Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zum Kampf gegen Antisemitischen Lebens in Deutschland**

Im November 2008 verabschiedete der Bundestag einen Beschluss zur Förderung jüdischen Lebens in Deutschland. Die Linksfraktion der einzelnen Punkte dieses Bundestagsbeschlusses um so mehr bedarf gibt.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17 / 6935](#)

## **Reservistinnen und Reservisten in Bundeswehr-Auslandseinsatz**

Die kleinste Gruppe der deutschen Soldatinnen und Soldaten im Ein- und Reservisten. Es häufen sich Hinweise, auch in Gesprächen mit Reservisten dass für sie auch der finanzielle Anreiz ausschlaggebend für die Entscheidung ist. Die Linksfraktion fragt bei der Bundesregierung nach Details zum Einsatz von Reservisten im Ausland.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17 / 6934](#)

## **Holzhandel und Verdacht humanitärer Probleme bei PEFC-zertifizierten Unternehmen in Tschechischen Republik**

Es gibt in Deutschland zwei bedeutsame konkurrierende Waldzertifikatgeber auf Grund seiner nicht sehr hohen Standards immer wieder in der Kritik. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung, ob sie bereit ist, die Zertifizierung von Holzprodukten, die als gleichwertig mit FSC betrachtet werden, zu überprüfen. Der vorliegende Verdacht, dass die Zertifizierung von Holzprodukten in Tschechien humanitäre Probleme aufgetreten sein sollen, ist nach dem Zertifikat und der Bewertung der Bundesregierung zu fragen.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17 / 6933](#)

## **Einführung einer gemeinsamen Unternehmenssteuer in Deutschland und Frankreich**

Auf dem deutsch-französischen Sondergipfel vom 16. August 2011 hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy beschlossen, die Einführung einer gemeinsamen Unternehmenssteuer in beiden Ländern bis 2013 umzusetzen. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung, ob sie bereit ist, die Einführung einer gemeinsamen Unternehmenssteuer in beiden Ländern bis 2013 umzusetzen, und welche Schritte die Bundesregierung in diesem Zusammenhang unternimmt.

Erhalt des Lindauer Hauptbahnhofs – ein auf der Insel Lindau. Die Linksfraktion hat sich in jüngerer Zeit zugesprochen. Den Kampf gegen die Verlagerung der Insel unterstützt die Fraktion DIE LINKE. und zuvor die PDS im Bundestag seit ihrer Gründung im Jahre 1997. Auf Anregung der Aktionsgemeinschaft Inselbahnhof Lindau werden die Arbeiten am Hauptbahnhof Lindau in den nächsten Jahren abgeschlossen. Der aktuelle Stand der Auseinandersetzung abgefragt.

[DRUCKSACHE NR. 17 / 6975](#)

## **Asylsuchenden in Griechenland**

Die Situation von Asylsuchenden in Griechenland katastrophal. Durch die Staatskrise bedingt, sind die Mittel für eine medizinische Versorgung der über die Türkei einreisenden Asylsuchenden in Griechenland katastrophal. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung, ob sie bereit ist, die Situation von Asylsuchenden in Griechenland zu verbessern. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung, ob sie bereit ist, die Situation von Asylsuchenden in Griechenland zu verbessern. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung, ob sie bereit ist, die Situation von Asylsuchenden in Griechenland zu verbessern.

[DRUCKSACHE NR. 17 / 6962](#)

## **Empfehlung der Global Commission on Drug Policy (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf Drucksache 17/6653)**

Die Bundesregierung auf die Kleinen Anfrage „Umsetzung der Empfehlung der Global Commission on Drug Policy“ (Drs. 17/6653) resultieren weitere Fragen. Ziel ist dieser Nachfrage ist es, die Bundesregierung in ihrer Drogenpolitik aufzudecken. Dies trifft insbesondere auf die Drogenpolitik zu, den Drogenanbau und -handel nicht zu entkriminalisieren, um so die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen und den Gesundheitsschutz zu verbessern.

[DRUCKSACHE NR. 17 / 6943](#)

## **Strategie und Evaluierung des Polizeiaufbaus in Afghanistan**

Die Bundesregierung dient vorrangig den militärischen Interessen der Besatzer. Er ist nicht jedoch qualitativ voran: In den Augen der Afghanen stellt sich die Situation in Afghanistan als katastrophal dar. Die Bundesregierung berichtet über die Situation in Afghanistan, die Bundesregierung berichtet über die Situation in Afghanistan, die Bundesregierung berichtet über die Situation in Afghanistan.

## **Neuregelung der strafbefreienden Selbstanzeige auf Existenzgründerinnen reich der Umsatzsteuer**

innen lauert im komplizierten Umsatzsteuerrecht die eine oder andere Falle. Zwar hende Kleinunternehmerregelung, aber bei der Gründung sind Sonderregelungen aus Unkenntnis können zwar im Nachhinein durch eine strafbefreiende Selbstan- en, aber durch deren Neuregelung im Mai 2011 laufen KleinunternehmerInnen aufgrund von Unkenntnis als SteuerhinterzieherInnen kriminalisiert zu werden.

[DRUCKSACHE NR. 17 / 6900](#)

## **n und Projekte europäischer Polizeien**

europäischen Polizeien sollen die operative Zusammenarbeit und den internatio- usbauen. Viele Projekte unterlaufen bestehendes Recht, wenn innerhalb gemein- mer häufiger Grenzkontrollen durchgeführt werden oder deutsche Polizeikräf- Gendarmerien, die unter militärischem Kommando stehen, Trainings abhalten. ren Regierungen um die Federführung für Polizeiprojekte in neuen EU-Mitglieds- Die Linksfraktion hakt bei der Bundesregierung nach und fordert Aufklärung über

[DRUCKSACHE NR. 17 / 6899](#)

## **chaft zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenar- ng und der Bill & Melinda Gates Foundation**

tes-Stiftung bestimmt mittlerweile die Agenda der internationalen Gesundheits- t: Demokratisch legitimiert ist sie allerdings nicht. Die Linksfraktion beobachtet nerschaft zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Stiftung und hinterfragt sie kritisch.

[DRUCKSACHE NR. 17 / 6898](#)

## **des Energiekonzerns E.ON, Informationsrechte und Eingriffsmöglichkeiten**

ig

## **Abregelung von Stromerzeugungsanlagen**

Bei Starkwinden zeigt sich bereits heute die Unvereinbarkeit von un- werkskapazitäten mit einer naturgemäß fluktuierenden Einspeisung er müssen dann Windkraftanlagen vom Netz genommen werden, um eine „Überproduktion“ von Ökostrom zu gefährden, da insbesondere schlecht regelbar sind. DIE LINKE: fragt nach dem Umfang solcher / Hierarchie.



## Ergebnis der Verhandlung verpatzt Kitausbau

! Werte Kolleginnen und Kollegen:  
betreuung“, „Ganztagsbetreuung mit Hindernissen“, „Der  
“, das sind Schlagzeilen aus Tageszeitungen der letzten 14  
part die Situation knapp zwei Jahre vor dem Inkrafttreten  
inen Kindertagesbetreuungsplatz ab dem ersten Lebens-  
im Westen der Bundesrepublik.

am 21.09.2011

## Warum ist der Nordpol eigentlich so wichtig?

Ich habe mich mit meinen geehrten Kolleginnen und Kollegen,  
den Herren Norden weiter ansteigen und das Eis in einem unvor-  
sichtigen Schritt zurückzieht die Arktis immer mehr begehrtliche Blicke auf sich.  
immer, die lange vom Eis fest verriegelt blieb, aber das Eis

▶ [weiterlesen HIER](#)

▶ [weiterlesen HIER](#)

### Sabine Stüber



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72138  
Telefax: (030) 227-76138  
E-Mail: [sabine.stueber@bundestag.de](mailto:sabine.stueber@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46  
16225 Eberswalde  
Telefon: (03334) 385155  
Telefax: (03334) 385156  
E-Mail: [sabine.stueber@wk.bundestag.de](mailto:sabine.stueber@wk.bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1  
17291 Prenzlau  
Telefon: (03984) 8621862  
Telefax: (03984) 8621863  
E-Mail: [sabine.stueber@wk2.bundestag.de](mailto:sabine.stueber@wk2.bundestag.de)

### Thomas Nord



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72675  
Telefax: (030) 227-76675  
E-Mail: [thomas.nord@bundestag.de](mailto:thomas.nord@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: (0335) 869 508 31  
Telefax: (0335) 869 508 32  
E-Mail: [thomas.nord@wk.bundestag.de](mailto:thomas.nord@wk.bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG  
15517 Fürstenwalde/Spree  
Telefon: (03361) 34 26 18  
Telefax: (03361) 34 26 24  
E-Mail: [thomas.nord@wk2.bundestag.de](mailto:thomas.nord@wk2.bundestag.de)

### Diana Golze



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72329  
Telefax: (030) 227-76329  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2  
16712 Rathenow  
Telefon: (03385) 494521  
Telefax: (03385) 494522  
E-Mail: [diana.golze@wk.bundestag.de](mailto:diana.golze@wk.bundestag.de)

#### Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53  
14806 Belzig  
Telefon: (033841) 32547  
Telefax: (033841) 43880  
E-Mail: [diana.golze.lt02@bundestag.de](mailto:diana.golze.lt02@bundestag.de)

#### Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2  
14770 Brandenburg an der Havel  
Telefon: (0338 1) 211789  
Telefax: (0338 1) 229961  
E-Mail: [brb@diana-golze.de](mailto:brb@diana-golze.de)

#### Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62  
14913 Jüterbog  
Telefon: (03372) 432691  
Telefax: (03372) 432691

### Wolfgang Nešković



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72065  
Telefax: (030) 227-76468  
E-Mail: [wolfgang.neskovic@bundestag.de](mailto:wolfgang.neskovic@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Cottbus

Telefon: (0356) 14114

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum  
komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!  
Der nächste Bundestagsreport erscheint am 30.09.2011



## Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg  
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: [thomas.nord@bundestag.de](mailto:thomas.nord@bundestag.de)